

Die Grünen auf dem Vormarsch

Daß sich nach den Wahlen vom 11.10.1987 global nicht allzuviel verändert hat, weniger jedenfalls als bei vergangenen Gemeindewahlen, die in der Mitte einer Legislaturperiode stattfanden, wurde in der Tages- und Wochenpresse längst zur Genüge mit den notwendigen Nüancen erörtert und abgewogen. Während der Auslandspresse das Abschneiden der Grünen eine Schlagzeile wert war (AFP, Le Monde), wurde dieses aber von den inländischen Kommentatoren fast ignoriert. Ihr Resultat wurde kaum inhaltlich analysiert und mit dem Verlauf des Wahlkampfes und den Ergebnissen der andern Parteien in Beziehung gesetzt. Die parteipolitisch gebundenen Leitartikler haben wohl Angst, ihnen durch ausführlichere Kommentare weiteren Auftrieb zu verschaffen, und verschweigen daher ein wesentliches Phänomen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Ohne ihre parteipolitische Neutralität aufzugeben, sieht die "forum"-Redaktion sich in ihrer Rolle, wenn sie diese politische Strömung etwas näher unter die Lupe nimmt.

Manche behaupten, es seien Wahlen ohne Wahlkampf gewesen. Dies scheint uns nicht so sicher. Ein Thema hat ohne Zweifel die Auseinandersetzungen beherrscht: die Umweltpolitik mit all ihren Konsequenzen für die Verkehrspolitik, die Stadtplanung, die Energieversorgung, die Müllentsorgung, usw. Selbst in den kleinen Majorzgemeinden mußten Kandidaten versprechen, gegebenenfalls gegen die Einpflanzung der nationalen Sondermülldeponie zu stimmen, für die Umweltminister R. Krieps nun schon seit drei Jahren einen Standort sucht. Die CSV warb mit dem Slogan "Der Umwelt eng Chance!" und die CSF entdeckten in Form eines Rundtischgesprächs die Gefahren aus den Spraydosen. Die LSAP ließ eine Umweltausstellung umherwandern und vermarktete den Umweltatlas, den zwei Kandidaten termingerecht herausgebracht hatten; in der letzten Woche vor der Wahl wachtete sie noch mit einem grünen Streifen auf ihren roten Plakaten auf.

Das Ergebnis: in der Hauptstadt verloren CSV und LSAP je einen Sitz. Beide grüne Listen ziehen ins Rathaus ein. In allen Gemeinden, in denen eine grüne Liste kandidierte, wurde ein Grüner in den Gemeinderat gewählt. In der Hauptstadt erreichten beide Listen zusammen gar 10,44%, Ergebnis, von dem in der BRD die Grünen meistens nur träumen dürfen. Und eine gemeinsame Liste der GAP und der "Ökologesch Initiativ", vorausgesetzt sie hätte genausoviele Stimmen erhalten wie beide getrennt (was aber nicht unbedingt stimmen muß), hätte gar mit 74146 Stimmen den ersten Restsitz als drittes Mandat für sich verbuchen können! Die LSAP wäre auf fünf Sitze geschrumpft, und das sogar wenn eine gemeinsame grüne Liste 2200 Stimmen weniger erhalten hätte, als die beiden zusammengenommen jetzt getrennt erreicht haben.

Die Grünen brachten es nicht nur in allen Gemeinden, wo sie kandidierten zu einem oder zwei Sitzen, sie vergrößerten auch ihre Prozentanteile ganz erheblich im Vergleich zu den Kammerwahlen von 1984 (siehe Kasten 1). Der Erfolg der Grünen ist um so bemerkenswerter, als ihnen im Gegensatz zu allen andern Parteien keine Tageszeitung zwecks Propaganda zur Seite steht.

Hatte man 1984 noch ihr Resultat dahingehend interpretieren können, daß sie einen Teil der Protestwähler auffingen, die bislang die KPL nicht

aus Überzeugung, sondern als Alternative zu den drei großen Parteien gewählt hatten, so wird eine solche Interpretation diesmal zunichte gemacht, hat doch die KPL durchwegs in denselben Gemeinden auch ihr Stimmenanteil verbessert.

Die Wähler der Grünen kommen also durchaus von den großen Parteien, obschon letztere ein Hauptakzent auf die Umweltpolitik gelegt hatten. Ohne hier eine genaue Analyse der Ursachen von deren Abschneiden vornehmen zu wollen – es kann nicht die Aufgabe von "forum" sein, die Ursachen für das (lokal übrigens sehr unterschiedlich) schlechte Abschneiden der großen Parteien zu erforschen –, wird man zumindest diesen Punkt festhalten dürfen, daß die umweltbewußten Wähler – und die sind zahlreicher als die Parteistrategen dachten – deren Propaganda offensichtlich als nicht glaubwürdig ansahen: Wer der Umwelt eine Chance geben will, kann nicht gleichzeitig Wahlpropaganda auf Hochglanzbroschüren präsentieren. Der muß auch wissen, daß er dem Gemeinschaftstransport Vorrang vor einer Stadtautobahn einräumen muß, und der wird auch kein PCB-Zwischenlager in ein Wohngebiet einpflanzen. Nun wird man fragen müssen, wieso die DP



in: Témoignage Chrétien

nicht auch entsprechend Federn lassen mußte. Vielleicht weil sie erst gar nicht mit ähnlichen Versprechen in Sachen Umwelt antrat, sich insofern also konsequenter war oder weil ihr Wählerpotential vielleicht weniger anfällig ist für grünes Gedankengut. Andererseits aber wohl auch weil sie nicht in Regierungsverantwortung steht und somit keine Gelegenheit hatte, Widersprüche zwischen ministeriellen Entscheidungen und ihrer Propaganda auf Gemeindeebene aufdecken zu lassen. Denn dort wo eine der großen Parteien in den letzten Jahren konsequent für umweltschonende Alternativen eintrat, konnte sie Gewinne verbuchen: In Petingen z. B., wo die CSV den Plan eines Naturschutzgebietes um den Prinzenberg mittrug und die Proteste der Bürger gegen die dortige Schießanlage ernstnahm, konnte sie zwei Sitze hinzugewinnen. In Kehlen konnte die freie Wählerinitiative, die aus LSAP-Anhängern und CSV-Dissidenten besteht, deren Mitstreiter sich seit Jahren gegen die wilden Bebauungspläne mitten in der Natur und gegen die Belästigungen aus der Industriezone einsetzen, einen eklatanten Erfolg (vier Sitze, der Bürgermeisteresse ist ihr gewiß) landen. Selbstverständlich sind lokal andere Umstände für solche Wahlergebnisse mitverantwortlich, die nichts mit ökologischen Fragestellungen zu tun haben, doch diese scheinen uns einen verstärkten Impakt bei den Wählern zu haben. Auch das ist ein Erfolg der Umweltbewegung, der sich nicht unbedingt in Sitzen für grüne Listen widerspiegelt.

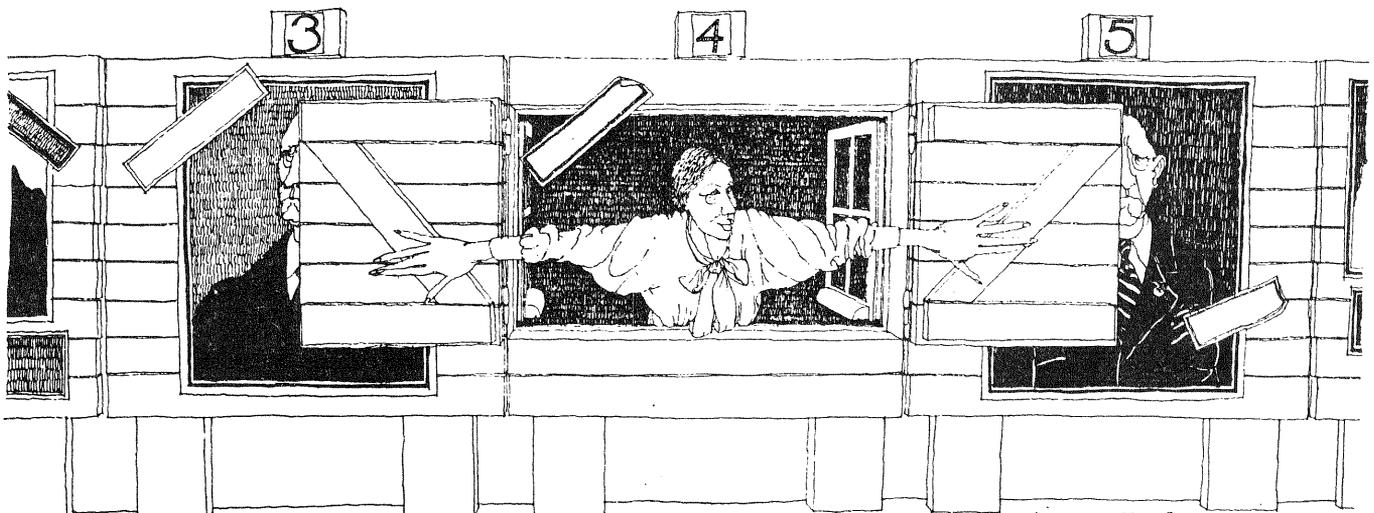
Erstaunt sein muß man unter solchen Umständen über die Kommentare, die in der Parteipresse bezüglich die grünen Wahlerfolge zu lesen waren. Alvin Sold behauptete keck, die Grünen seien "weniger stark als allgemein erwartet" - hatte die LSAP etwa noch stärkere Einbußen zugunsten der Grünen befürchtet? - und zog daraus den logisch kaum einleuchtenden Schluß, sie seien also "doch (nur) eine Modeerscheinung, die in einigen Jahren abklingen wird" (t, 12.10.87). Léon Zeches hatte das in einem Leitartikel nach den Kammerwahlen völlig anders gesehen und den verantwortlichen Politikern nahegelegt, die mittels der Grünen ausgedrückten Sorgen der Mitmenschen unbedingt ernst zu nehmen (LW, 3.7.84). Nunmehr weiß auch er nichts anders zu sagen, als darüber zu staunen, "daß so viele Leute in ihrer grünen Begeisterung übersehen oder gar anzunehmen bereit sind, was vor allem die radikalen Grünen an extremistischen Zielen verfolgen!" (LW, 12.10.87). Er scheint seine eigene Lehren zu vergessen und in das alte LW-Schema zurückzuer-

KASTEN 1: Ergebnisse der Grünen 1987 / 1984

	Gemeindewahlen '87		Legislativ-
	GAP	E. I.	wahlen '84
Düdingen	8,78%	1 Sitz	6,1%
Esch/Alz.	8,39%	1	5,5%
Junglinster	12,76%	1	
Luxemburg	4,82%+5,62%	1+1	5,9%
Monnerich	10,47%	1	7,1%
Petingen	8,16%	1	5,5%

fallen, das einer politisch verantwortlichen Analyse nicht standhält und eigentlich die eigenen Parteifreunde durch apriorische Erklärungsmuster weitere Fehler machen läßt. Auf RTL am selben Morgen nach der Wahl wurde lz noch deutlicher: Das angebliche Stagnieren der KPL (trotz 13,92% Stimmenzuwachs) erklärte er damit, daß der Marxismus im farbigeren, attraktiveren Gewand der Grünen fröhliche Urständ feiere. Solche Simplifizierungen zeigen, daß die Konservativen in der Tat das Anliegen einer GAP nicht verstanden haben: mit ihrer Opposition gegen die Wachstumsideologie widerspricht sie doch nicht nur der marktwirtschaftlichen Logik des Westens, sondern ebenfalls, wenn nicht noch vehementer, der planwirtschaftlich organisierten industriellen Wachstumspolitik in den Ostblockstaaten. Wenn lz andererseits solche Vorwürfe nur an die "radikalen" Grünen richtet, mit denen er ja nur die GAP meinen kann, dann wird seine Argumentation besonders ulkig, wenn man weiß, daß in der Hauptstadt die (in seinen Augen gemäßigtere) "Ökologische Initiative" um Jupp Weber die GAP um einen Prozentpunkt geschlagen hat, daß ihr Spitzenkandidat allein 5775 Stimmen auf sich vereinigen konnte, und somit auf Position 8 der LSAP-Liste rangieren würde, mehr auch als etwa ein René Urbany, obschon Jupp Weber seit Jahren gerade vom LW mit keiner Silbe in seinen Kolonnen erwähnt wird. Er hat bekanntlich von seinem Bürgerrecht Gebrauch gemacht und gewagt, gegen einen verleumderischen Leitartikel im LW eine gerichtliche Klage einzureichen!

In die Auseinandersetzungen zwischen GAP und "Ökologisches Initiativ" (E.I.) möchten wir uns hier nicht einmischen. Die Ursprünge des Zwistes hat "forum" seinerzeit ausführlich dargestellt und kommentiert (Nr. 78/1985). In den nebenstehend abgedruckten Interviews nahmen Vertreter der beiden Listen noch am Wahlabend zum Thema Stellung, so daß der Leser sich eine eigene Meinung bilden kann.



in: Le Monde

JYH

Unsererseits möchten wir nur hinzufügen, daß wir zwar das Anliegen der GAP, mit einem Programm statt mit Personen in den Wahlkampf zu ziehen, sehr begrüßen und verstehen (vgl. "forum" Nr. 30 und 31/1979, wo wir schon ähnliche Gedanken zum Funktionieren der Demokratie geäußert haben), ihr aber entgegenhalten müssen, daß sie einfach eine soziologische Realität ignoriert. Der Wähler braucht Namen, Integrationsfiguren, mit denen er bestimmte Programme identifiziert. Ein gutes Beispiel dafür ist in der Tat Jupp Weber, der sich mit seinen sachlich fundierten Stellungnahmen in der Abgeordnetenversammlung einfach einen Namen als Öko-Experte gemacht hat, obschon sie wie gesagt vom LW totgeschwiegen werden. Aber auch Muck Huss, der es mit seiner GAP-Liste in Esch auf 8,39% brachte. Das will nicht heißen, daß wir einer Personenvermarktung das Wort reden, wie wir sie bei der DP gewohnt sind und diesmal auch bei der LSAP und gar der KPL erlebt haben. Die CSV kam ohne diesen Spitzenkandidatenrummel aus, doch auch sie mußte diesmal Einbußen hinnehmen, u. a. weil sie mehr unbekanntere Namen als sonst üblich mit in den Wahlkampf nahm. Auch der stete Rückgang der KPL nach dem Ausscheiden ihrer Nachkriegspersönlichkeiten läßt sich u. a. darauf zurückführen.

Auch die Nationalisten gewannen

Aus demselben Grund kann eine andere Randerscheinung dieser Gemeindewahlen eines Tages höchst gefährliche Ausmaße annehmen. Auf Liste 7 kandidierte in der Hauptstadt ein Einzelgänger: Georges Dessouroux. Bekannt war er nur als eifriger Leserbriefschreiber in verschiedenen Tageszeitungen, vornehmlich im (weniger verbreiteten) "Journal"

und als Anrufer in RTL-Sendungen. Der Mann erhielt 4467 Stimmen! Angenommen, jeder seiner Wähler gab ihm ein Maximum von 2 Stimmen, so hatte er 2234 Wähler. Von Mitgliedern von Wahlbüros verlautet, viele hätten nur den Kreis über seiner Liste geschwärzt, so daß ihm nur eine Stimme gutgeschrieben wurde. Man darf seine reale Wählerzahl also auf 2500 bis 3000 schätzen. Der Mann hat nach der Wahl angekündigt, für die Legislativwahlen von 1989 wolle er mit einer vollständigen Liste antreten. Bei den Gemeindewahlen hätten 2500 Wähler - vorausgesetzt, sie panaschierten nicht - einer vollständigen Liste drei Sitze im Rathaus besichert! Ganz besonders bedenklich stimmt die Tatsache, daß Dessouroux nicht etwa in den populäreren Stadtvierteln seine größten Erfolge verbuchen konnte - in Clausen und Grund erreichte er z. B. nur 0,3%, in Weimerskirch 0,4%, in Pfaffenthal 0,5% - , sondern in den neuen Stadtvierteln von Gasperich und Kirchberg, die sicher nicht unter einer Ausländerschwemme zu leiden haben und wo eher das Bildungsbürgertum wohnt: hier erreichte er 1,1% bzw. 1,5%.

Was der Mann an nationalistischem Schwulst und latenten Ausländerfeindlichkeit mitvehikuliert, kann angesichts der bekannten Ausländerzahlen in Luxemburg eines Tages unkontrollierbare Folgen zeitigen, ganz abgesehen davon, daß die eine oder andere Partei riskiert, sich verpflichtet zu fühlen, in dieselbe Kerbe zu hauen, um die Wähler nicht an den neuen Konkurrenten zu verlieren. Das zweideutige Verhalten verschiedener RPR- und UDF-Größen gegenüber Le Pen könnte durchaus Schule machen. Oder weshalb brach die CSV kurz vor den Wahlen eine Polemik gegen das kommunale Wahlrecht für

Frauen vor und nach der Wahl

Die Frauen machen bekanntlich mehr als die Hälfte der Menschheit und auch mehr als 50% der Luxemburger Bevölkerung und der Wähler aus. Bei den Wahlkandidaten sieht das aber keineswegs so aus.

In den 25 Proporzgemeinden stellten sich 1330 Kandidaten zur Wahl, 272 oder 20,45% waren Frauen. Dieses Bild muß noch nach Parteien nüanciert werden: Vor allem bei den drei großen Parteien DP, CSV und LSAP ist ein großes Frauendefizit festzustellen. Wenn man von der Hauptstadt und von Esch/Alz. absieht, verteilen sich die Frauen wie folgt auf ihre Listen: Die DP präsentierte in 10 Gemeinden Listen mit nur 1 Frau, in 11 mit 2 Frauen, in 2 mit 3 Frauen. Die CSV präsentierte in einer Gemeinde keine Frau, in 10 Gemeinden 1 Frau, in 9 Gemeinden 2 Frauen, in 3 Gemeinden 3-4 Frauen. Die LSAP hatte 10 Listen mit 1 Frau, 4 Listen mit 2 Frauen, 9 Listen mit 3 Frauen. Man hat also sehr deutlich den Eindruck, daß es sich in sehr vielen Fällen nur um Alibi-Frauen handelt. Zählt man die Kandidatinnen aus Luxemburg und Esch hinzu, kommt die DP auf 14,3%, die CSV auf 14,6%, die LSAP auf 15,5% Frauen auf ihren Listen. Nur KPL und grüne Gruppierungen können mit mehr Frauen aufwarten: KPL: 22,5%, GAP: 44,7%, E.I.: 47,5%. Daß das Argument nicht gilt, Frauen stellten sich nicht als Kandidatinnen zur Verfügung, zeigt das Beispiel der Bürgerinitiative Bartringen, die einen Appell an alle Haushalte verteilte, um Kandidaten zu finden: 6 ihrer 11 Kandidaten waren daraufhin weiblichen Geschlechts. Bei den großen

Parteien sind auch in der Regel fast nur "Hausfrauen" zu finden, manchmal "Geschäftsfrauen". Nur bei KPL, E.I. und GAP findet man häufiger auch andere berufstätige Frauen als Kandidatinnen.

Betrachtet man die Wahlergebnisse, stellt man fest, daß die Frauen noch schlechter dran sind: Von 329 Sitzen in den Proporzgemeinden wurden 36 mit Frauen besetzt. Das machen 10,9% aus. Oder anders ausgedrückt: während 27,7% der männlichen Kandidaten den Sprung in den Gemeinderat schafften, glückte es nur 13,2% der Frauen, die von ihrer Partei zur Kandidatur zugelassen worden waren. Eine angemessene Vertretung der Hälfte des Wählervolks stellt das sicher nicht dar. Darüber können weder die zwei CSV-Bürgermeisterinnen noch das Resultat der DP in der Hauptstadt - von 5 Kandidatinnen wurden 3 gewählt, welche die drei ersten Plätze belegten! - hinwegtäuschen. Doch die Beispiele zeigen genau wie jenes der GAP, daß Frauen gewählt werden. Allerdings muß man daraus ein Wahlkampfthema machen.

In 8 Proporzgemeinderäten sitzt keine Frau. In 6 Räten ist eine allein unter 11 und mehr Männern, in 7 Gemeinderäten sitzen 2 Frauen, in 2 deren 3. Nur in Luxemburg und Schiffingen sind mehr als drei Frauen gewählt worden (7 von 27 bzw. 4 von 13). Frauenspezifische Interessen unter solchen Umständen durchzusetzen, dürfte fast ein Ding der Unmöglichkeit sein. In den Majorzgemeinden werden die Verhältnisse noch schlimmer sein, sowohl vor als auch nach der Wahl.

l imp

Ausländer vom Zaum (CSV-Profil, LW-Sozialseite), das gar nicht zur Diskussion stand? Vor allem die Verantwortung der Massenmedien jeder Couleur ist in dieser Sache ernsthaft gefordert. Verlangt ist eine konsequente Haltung aller Anhänger der Demo-

kratie und der ungeteilten Bürgerrechte. Totschweigen des Phänomens scheint nicht mehr die beste Strategie zu sein, ihm beizukommen.
l imp (15.10.1987)